

STEFAN BOLLINGER

Heißer Frieden.

Eine Literaturanalyse

Kaum haben wir den Kalten Krieg überlebt, da stecken wir in einem »Heißen Frieden«, wie die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer konstatiert. Nicht nur sie hat Probleme, sich in der neuen Zeit mit ihren veränderten Frontstellungen zurechtzufinden. Die stabilisierende, wenn auch lebensgefährliche Blockkonfrontation wird durch eine Vielzahl neuer Konflikte abgelöst. Im vereinten Deutschland wollen Teile der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Elite die einmalige Chance des Jahres 1989/90 ausnutzen. Endlich kann aus ihrer Sicht Deutschland seiner weltpolitischen Verantwortung, vielleicht besser seiner traditionellen »Weltgeltung«, gerecht werden. Originalton Kinkel: »In einem radikal veränderten Europa, in einer sich rasch ändernden Welt, muß Deutschland – das verlangen unsere Interessen! – zukünftig auch in der Sicherheitspolitik zu einer Exportnation werden.«¹

Sozialdemokraten, aber mehr und mehr auch Bündnisgrüne, an der Spitze Joschka Fischer, finden in Zeiten der Unübersichtlichkeit den Weg zu einer »realistischen« Sicht auf die außenpolitische Lage und nähern sich den Regierungsparteien an, weil auch sie sich nicht vor der »friedenspolitischen Verantwortung« fortstehlen wollen. Das heißt, den alten Clausewitz wieder in sein Recht einzusetzen und mit Gewalt Politik zu betreiben.

Die Theologin und bündnisgrüne Politikerin Vollmer beklagt: »Kaum ist die große Blockkonfrontation entschärft, kommen die uralten, weit zurückliegenden Konflikte wieder zum Vorschein wie Endmoränen.«² An anderer Stelle schreibt sie, daß die Menschheit in einen »heißen Frieden« eingetreten sei, nach der »Epoche der Pax Atomica«.³ Ist es aber nur die Wiederkehr uralter Konflikte, weil einst Völker gegeneinanderstanden? Oder gibt es konkrete sozialökonomische Interessenlagen, die nur im verklärenden Gewand ethnischer oder religiöser Konflikte von zum Teil für die wahren Ursachen blinden Massen ausgetragen werden? Solchen Fragen verwehrt sich Vollmer, denn für sie läuft »die Diskussion über die Gewalt falsch ..., wenn sie vor allem nach den Wurzeln, den Schuldigen oder nach den angeblich fehlenden Normen und Werten fragt«.⁴ Unter diesen Vorzeichen wird Gewalt und Krieg eher eine recht mystische, religiös verbrämte Angelegenheit, der der Mensch recht hilflos gegenübersteht. Die Ursachen konservativ in der »Menschennatur« oder links in »den gesellschaftlichen Verhältnissen« festzumachen, das bleibt für sie Glaubenssache.⁵ Der Rezensent ist da weniger ungläubig, denn er meint, zumindest um

Stefan Bollinger – Jg. 1954, Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler, Berlin; z.Z. tätig als Dozent in der Erwachsenenbildung. Wissenschaftliche Arbeitsschwerpunkte: Krisen- und Konflikttheorie, Transformationsprozesse, Utopieforschung, Parteien und neue soziale Bewegungen.

1 Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949-1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Köln 1995, S. 1008.

2 Antje Vollmer: Heißer Frieden. Über Gewalt, Macht und das Geheimnis der Zivilisation, Köln 1995, S. 66.

3 Ebenda, S. 141.

4 Ebenda, S. 9.

5 Ebenda, S. 76.

einige sozialökonomische Ursachen zu wissen. Sie wirken sicher oft erst in letzter Instanz und mit manchen Umwegen, aktuelle Konflikte sind schon oft lange von den ursprünglichen Interessenkonflikten abgehoben und verklärt. Aber Gewalt und Gegengewalt fallen nicht vom Himmel. Genau genommen ahnt wohl auch Vollmer, worum es heute wieder einmal in Deutschland selbst und mit seiner aktiven Mitwirkung auch jenseits der Grenzen geht, der »Konkurrenz um Eigentümer und Güter«, die nur bedingt durch das demokratische Grundprinzip der französischen Revolution begrenzt wird, das Ringen um Gleichheit. Vollmer macht jedoch beide gleichermaßen für die Krisen der Moderne verantwortlich.⁶

6 Ebenda, S. 80.

Beim Umschauen im konservativen Lager (mit Vordenkern wie Schöllgen, Schwarze, Stürmer) oder beim Analysieren der Taten (nicht die chemisch gereinigten und weichgespülten Worte) derzeitiger bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist eines offenkundig: Die Mächtigen haben keine Probleme, eine neue deutsche Interessenlage zu definieren. Da ist es schon bemerkenswert, wenn Heinz Brill, Wissenschaftlicher Direktor im Zentralen Forschungs- und Studienbereich des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr und verantwortlich für die Ausbildung höherer Bundeswehroffiziere, Haushofers profaschistische Geopolitik für die neue Bundesrepublik reklamiert. Nun wird nicht wie einst offen das »Volk ohne Raum« gegen den Rest der Welt gestellt, aber die Parallelen sind wohl vorhanden. Methodisch wie inhaltlich ist von einer solchen recycelten Theorie, die den »Staat als Organismus«⁷ begreift, auch nichts anderes zu erwarten. Deutschland wandelt sich für Brill von seiner »Frontstaaten-Funktion« zu einer neuen »Mitte«, einer neuen »Zentrallage in Europa«, in der zwangsläufig Konflikte mit anderen nationalen Interessen vorprogrammiert sind. Denn für Deutschland und die Bestimmung seiner nationalen Interessen »scheint die Zukunft wieder offen«.⁸ Da stimmt er mit seinem Außenminister überein: »Mit der Rückgewinnung der staatlichen Einheit haben wir den Hauptgewinn aus dem Ende des Ost-West-Konflikts gezogen. Wir sind aufgrund unserer Mittellage, unserer Größe und unserer traditionellen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa auch dazu prädestiniert, den Hauptvorteil aus der Rückkehr dieser Staaten nach Europa zu ziehen. ... Die Kehrseite: Wie kein anderes westliches Land sind wir den gewaltigen Problemen ausgesetzt, mit denen die jungen Reformstaaten ... zu ringen haben. ... Die Chancen überwiegen jedoch die Risiken.«⁹

7 Heinz Brill: Geopolitik heute. Deutschlands Chance? Berlin-Frankfurt/M. 1994, S. 22.

8 Ebenda, S. 158.

9 Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 905.

Brill akzentuiert etwas anders, zielt aber auf das Gleiche. Er will keine Unsicherheiten aufkommen lassen, denn Deutschland steht wieder vor einer »Einkreisungs- und Isolationsfurcht«, ist eine »Weltwirtschaftsmacht, Industrieland mit hoher Abhängigkeit von den Weltmärkten«.¹⁰ Darauf muß sich die deutsche Sicherheitspolitik aktiv einstellen. Für die Gegenwart favorisiert Brill eine Mischung aus der Option »Europäische Union« mit aktiver deutscher Rolle und unverzichtbarer USA-Rückendeckung mit der Option »Partners in leadership«. Die Bundesrepublik wird hier als gleichberechtigt neben den USA und führend in Europa (mit gewissen Rücksichten auf Frankreich) angesehen.

10 Heinz Brill: Geopolitik heute, S. 160.

Während Brill Optionen einer »Verschweigerung« Deutschlands oder einer »Zivil- und Handelsmacht« Deutschland als mögliche künftige Entwicklungswege verwirft, liebäugelt er – unselige Traditionen schimmern durch – mit der Option »Eurasien«. Allein die ungenügende psychologische, politische und ökonomische Vorbereitung Deutschlands hemmt diese weit über den Rahmen der EG hinausgehende Option. Mit ihr könnte Deutschland mit Brills Worten »als Drehscheibe und Brückenbauer nach Osten« agieren.¹¹ Brill läßt die Zukunft offen, aber an ihr wird schon heute gearbeitet, denn auch die Bundesregierung betont: »Unsere Interessen sind global geworden.«¹²

Da wundert es nicht, wenn Wolfgang Michal in seiner Analyse der heutigen Politik und bei ihrem Messen an der deutschen Geschichte Verhängnisvolles sieht. Er erinnert an die letzte Reichsgründung 1871 und die ihr nachfolgende Politik, die von »nationaler Nabelschau« bald zur Neudefinition der außenpolitischen Interessen für ein größeres Reich führte. »Denn der saturierte Nationalstaat hat in Deutschland keine Tradition, das Verlangen nach mehr ist die eigentliche deutsche Passion.«¹³ Bernhardis kriegstreiberische Schriften am Vorabend und Naumanns »Mitteleuropa«-Konzept während des 1. Weltkrieges sind für Michal wesentliche Grundsteine der Renaissance heutiger eigenständiger deutscher Machtpolitik. Schäuble und Lamers mit ihren Ideen von einer »Kerneuropa«-Vorreiterrolle der Bundesrepublik in der EG sind nur die Fortsetzung dieser Positionen im neuen Gewand. »Nach 1871 war ... das erste Etappenziel deutscher Machtpolitik: die starke Kontinentalstellung als Basis für den späteren Weltmachtanspruch. Kein Nationalstaat wollte Deutschland sein, sondern ... ein Imperium ... Auch Kerneuropa folgt diesem Konzept.«¹⁴ Auch wenn Michal aus heutiger Sicht vielleicht (noch!) ein wenig zu überzeichnen scheint, die geheimen Vorgänger und die Konsequenzen neuer deutscher Begehrlichkeit sind unübersehbar. Sicher ist die Konstellation nur äußerlich mit der von 1914 vergleichbar, auch wenn nach dem einheitsbedingten deutsch-russischen Tête-à-Tête wieder neue Frostigkeit in die Beziehungen zur östlichen Großmacht eingekehrt ist und das Feindbild im Osten wieder stimmig ist. Auch wenn heute wieder der Balkan Konflikt herd ist und sich Deutschland dort engagiert, möglicherweise wieder mit Blick auf die Erbmasse des Osmanischen Reiches ...

Natürlich gibt es heute drei ähnlich starke Zentren der kapitalistischen Welt mit entsprechender Wirtschaftskraft; natürlich agieren heute Konzerne und Banken oft losgelöst von den nationalstaatlichen Interessen ihrer Regierungen (der Völker sowieso) weltweit; natürlich geht es heute weniger um Kolonien als um offene Absatzmärkte, billige Produktionsstandorte und verfügbare Ressourcen. Noch einmal Kinkel: »Als 80-Millionen-Volk, als wirtschaftsstärkstes Land in der Mitte Europas tragen wir, ob uns das paßt oder nicht, eine besondere, teilweise neue Verantwortung. Hierauf müssen wir unser außenpolitisches Handeln in ganzer Breite einstellen ... Solange wir im Innern nicht über den Berg sind, werden wir nach außen nicht mit voller Kraft handeln können ... Die Weichen so zu stellen, daß unser Land aus der jetzigen

11 Ebenda, S. 170.

12 Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 1057.

13 Wolfgang Michal: Deutschland und der nächste Krieg, Berlin 1995, S. 10.

14 Ebenda, S. 44.

15 Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 905.

16 Antje Vollmer: Heißer Frieden, S. 169.

17 Ebenda, S. 1327.

schwierigen Übergangsphase wirtschaftlich und kulturell mit neuer Kraft heraustritt – das steht im Zentrum einer Politik der Zukunftssicherung«. ¹⁵

Die Gegenwehr derjenigen, die einer solche Entwicklung nicht trauen und hinter der Fassade möglicherweise Gefahren wittern, fällt schwach aus. Vollmers Ringen um eine 3. Zivilisation, die die Gewalt endlich bändigt (nach der ersten mythisch-religiösen Bändigung nach Roms Untergang bis zu ihrem Scheitern in den Religionskriegen des 16./17. Jahrhunderts und der zweiten, heute gescheiterten Bändigung durch den modernen Staat), bleibt vage. Sie will mehr Moral und Verantwortung. Sie weiß, daß Staaten »intakte bürgerliche Kultur und eine zivilisationsfähige Schicht« haben müssen, »die sich für das Gemeinwesen zuständig fühlt«. ¹⁶ Sie will eine kulturell-zivilisatorische Aufgabe gelöst wissen, kann aber eigentlich nicht sagen, wie.

Da ist für sie der Rückgriff auf eine nicht-aggressive, nicht-militärische Variante der Systemauseinandersetzung und also von Außen- und Sicherheitspolitik schon bedeutsam. Die Ostpolitik seit Ende der sechziger Jahre – die sie keineswegs als pazifistisch ansieht – war eine zivilisierter Versuch, einen Ausweg aus der Situation des Overkills zu finden. Beide Seiten mußten notwendigerweise »nicht nur rüsten, sondern auch reden«. ¹⁷

Da ist die von Hans-Adolf Jacobsen, Gregor Schöllgen und Hans-Peter Schwarz vorgelegte Dokumentenedition des Auswärtigen Amtes zu seinem auf die »Blut-und-Eisen«-Reichsgründung zurückgehenden 125. Jubiläum bemerkenswert. Bei aller scheinbaren Ausgewogenheit der dokumentarischen Darstellung bundesdeutscher Außenpolitik mit ihren Höhen und Tiefen, ihrer Westintegration und Wiederbewaffnung, ihrer neuen Ostpolitik und dem Ringen um die NATO-Nachrüstung, mit ihrer aktiven Suche nach Wegen zur deutschen Einheit besonders ab 1989 fallen bestimmte Akzentsetzungen auf. Bei der Ostpolitik (natürlich würden die Herausgeber auf die ministerielle Zuständigkeit des innerdeutschen Ministeriums oder des Bundeskanzleramtes verweisen) werden die deutsch-deutschen Beziehungen fast völlig ausgeklammert. Dafür sind aber 154 der 358 ausgewählten Dokumente dem Zeitraum 1989-94 gewidmet, in dem es um die Bestimmung des neuen Gewichts Deutschlands in der Welt geht.

Aber zurück zu den Alternativen zu dieser Politik. Mehr Phantasie als die Theologin hat ein Praktiker. Der einstige Chef Brills im Amt für Übungen und Studien der Bundeswehr, Flottillenadmiral Elmar Schmähling, wegen zu starker Kritik an der BRD-Sicherheitspolitik seit 1990 Frühpensionär, kennt sein Handwerk. Er weiß zudem, wo Alternativen auf dem Weg zur vollständigen Abrüstung ansetzen könnten. Schmählings zentrale These ist die Erkenntnis der sicherheitspolitischen Diskussion und der Friedensbewegung der achtziger Jahre, die auch nach dem Ende des Systemkonflikts vollauf ihre Gültigkeit hat. Der alte Clausewitz hat heute keinen Sinn mehr. »Unter den Bedingungen moderner, komplexer und dadurch besonders verwundbarer Gesellschaftsstrukturen und angesichts der Wirkung moderner Waffen ist weder die politisch und moralisch gebotene Verhältnismäßigkeit zwischen Zielsetzung und

Kriegsschäden, noch der völkerrechtlich garantierte Schutz von zivilen Opfern gewährleistet. Mit jedem Krieg wird die Saat für neue Gewaltanwendung gelegt.«¹⁸

In der heutigen Welt hat für Schmähling die Bundeswehr weder Feind noch Auftrag noch Legitimation. Aber er sieht den nachhaltigen Versuch, die deutsche Außenpolitik zu militarisieren und so an die Traditionen der Wehrmacht anzuknüpfen, deren alter Geist auch hinter der »Inneren Führung« in dieser neuen Situation hervorkommt. Schmähling weist nach, wie die veränderte politische und militärische Aufgabenstellung für die Bundeswehr zu einer neuen kostspieligen Aufrüstung, zu einer Aufwertung des Militärs, zu politischer Einmischung der Generalität und zum schleichenden Übergang zu einer demokratisch nicht mehr kontrollierten Berufsarmee führt.

Nun sei dahingestellt, wie demokratisch und verteidigungsorientiert die Bundeswehr zu Zeiten der Systemkonfrontation war, aber seiner Einschätzung über die Bereitschaft, die neue Weltlage militärisch im Interesse des Westens, des reichen Nordens gegen die Schwächeren zu »ordnen«, ist zuzustimmen. Ebenso seiner immer wieder gegen die für ihn verfassungswidrige Bundeswehreinsatzforderung in vorgeblich friedenschaffende Maßnahmen vorgebrachten Argumentation vom Beschränken auf reine Selbstverteidigung. Genau dagegen hat die derzeitige Bundesregierung seit Jahren erfolgreich gearbeitet und mit dem BVG-Urteil vom 12. Juli 1994 die Handhabe, denn »die Karlsruher Verfassungsrichter (gaben) der deutschen Außenpolitik ein letztes wichtiges Stück Handlungsfreiheit und Normalität zurück«.¹⁹ Allerdings hatte schon zuvor – noch mit »nur« finanzieller, noch nicht militärischer Beteiligung der Bundesrepublik – der Golfkrieg als erster Krieg der postsozialistischen Weltordnung stattgefunden. Er hatte bereits exemplarisch alle Merkmale und Schwachpunkte der neuen Ordnung: Er war ebenso »siegreich« wie erfolglos, er war ein Krieg des Nordens gegen den Süden um die heiligsten Güter des Westens, seine wirtschaftlichen und politischen Einflußzonen, Märkte und Energieressourcen. Und es war ein Krieg, der keinen einzigen Widerspruch zu lösen, keinen einzigen Konflikt zu entschärfen vermochte.

Für Schmähling muß die neue deutsche Rolle in der Welt deshalb nicht mit militärischen Attributen ausgestattet sein, die in seinem Verständnis sowieso zwecklos, weil Konflikte nicht lösend, sind. Schonungslos entlarvt er – vor dem Hintergrund des erstmaligen deutschen Kampfeinsatzes in Bosnien noch brennender – die scheinheiligen Argumentationen für den Militäreinsatz. Denn »wieder einmal (soll) im Namen eines hehren, abstrakten Zieles, nämlich »Frieden«, wie früher im Namen der Gerechtigkeit oder im Namen eines Gottes, militärische Gewalt erlaubt werden.«²⁰

Militärisch begründet und in Übereinstimmung mit der tatsächlichen Sicherheitslage und nicht mit einem weltmachtambitionierten Streben nach »Stabilitätstransfer nach Osten« und der Sicherung der deutschen Interessen weltweit entwickelt Schmähling seine Alternativen: die weitere Reduzierung der Bundeswehr; das Festhalten am alleinigen Auftrag der Selbstverteidigung des Landes; die

18 Elmar Schmähling:
Kein Feind, kein Ehr. Wozu brauchen wir noch die Bundeswehr? Köln 1994, S. 32.

19 Auswärtiges Amt
(Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 1081.

20 Elmar Schmähling:
Kein Feind, kein Ehr, S. 52.

- Ablehnung einer zentralen und integrierten Führung und Struktur der Streitkräfte in der EU; der Abbau aller klassischen offensiven Großwaffensysteme (Panzer, mechanisierte Führungs- und Unterstützungskomponenten, Angriffsflugzeuge, U-Boote); Aufgabe von allgemeiner Wehrpflicht und Berufssoldatentum zugunsten eines Freiwilligentruppe mit 4 - 12jähriger Dienstzeit.²¹ Kollektive Sicherheitssysteme und ein kollektives solidarischeres Reagieren auf Völker- und Menschenrechtsverletzungen sollen den Weg in eine friedlichere Zukunft ebnen. Nur humanitäre Aufgaben und nicht die Durchsetzung politischer Ziele sollen diesen Maßnahmen zugrundeliegen. Und noch eines ist Schmähling wichtig: »Alle Staaten, die Interessen in einem betroffenen Staat haben, in dem Hilfe geleistet werden muß, (dürfen) an solchen Aktionen nicht teilnehmen.«²²
- 21 Ebenda, S. 110.
- 22 Ebenda, S. 175.
- Schmähling will mit seinen Forderungen und konkreten Vorschlägen dazu beitragen, den »verinnerlichten Militarismus« zu beseitigen. Vor allem aber: »Die Ursachen für Konflikte zwischen Menschen sind viel zu komplex und viel zu kompliziert, als daß sie Generalen überlassen und mit brutaler militärischer Gewalt ›gelöst‹ werden könnten ... Das Militär hat ausgedient. Die Welt braucht dringend neue ›zivile‹ Konzepte zur Verhinderung und friedlichen Beendigung gewaltförmiger Konflikte.«²³ Die Völker sollten wohl endlich ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen.
- 23 Ebenda, S. 178.

Antje Vollmer: Heißer Frieden. Über Gewalt, Macht und das Geheimnis der Zivilisation, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1995, 208 S. (34,00 DM)

Heinz Brill: Geopolitik heute. Deutschlands Chance? Verlag Ullstein Berlin-Frankfurt/M. 1994, (39,80 DM)

Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949-1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Verlag Wissenschaft und Politik Claus-Peter von Nottbeck Köln 1995, 1160 S. und 5 Beilagen (49,80 DM)

Wolfgang Michal: Deutschland und der nächste Krieg, Rowohlt Verlag Berlin 1995, 144 S. (29,80 DM)

Elmar Schmähling: Kein Feind, kein Ehr. Wozu brauchen wir noch die Bundeswehr? Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln 1994, 196 S. (29,80 DM)